



So geht solidarisch

Linke Antworten auf die Corona-Krise

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag



Die Corona-Krise ist eine Belastungsprobe. Bis es einen Impfstoff gibt, bleiben die Allermeisten für das Virus anfällig. Schwere Verläufe gibt es in allen Altersgruppen. Das Gesundheitssystem darf nicht überlastet werden. Es kann deshalb notwendig sein, zeitweilig Grundrechte einzuschränken. Geringe Infektionszahlen zeigen, dass diese Maßnahmen wirken – und nicht, dass sie unnötig waren oder sind.

Die Corona-Krise verschärft auch die soziale Spaltung. Während die Bundesregierung Konzerne entlastet, gibt es kaum Hilfe für Menschen, die wegen der Pandemie Einkommensverluste erleiden – durch Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder Umsatzverlust. Die Einschränkungen trafen diejenigen besonders heftig, die sowieso einen herausfordernden Alltag haben: Alleinerziehende, Menschen mit geringem Einkommen, Soloselbstständige, Pflegebedürftige, Studierende, kinderreiche Familien. Gerade jetzt ist Solidarität wichtiger denn je. Deshalb fordern wir unter anderem eine Vermögensabgabe von fünf Prozent auf alle Vermögen ab zwei Millionen Euro.

Die Krisenkosten dürfen nicht bei denen landen, die am meisten unter der Krise leiden!

Gesundheit und Soziales

- In Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen fehlen tausende Pflegekräfte. Wir wollen Tarifverträge sowie die Auszahlung der Corona-Prämie für alle Fachkräfte im Gesundheitswesen.
- Medizintechnik, Arbeitsschutz und Arzneimittelproduktion müssen öffentlich gesteuert und regional organisiert werden.
- Wir müssen den Investitionsstau in den Krankenhäusern beheben.
- Der Öffentliche Gesundheitsdienst als präventive Säule sowie der Katastrophenschutz müssen ausgebaut werden.
- Die Staatsregierung soll dafür streiten, dass es eine einheitlichen Kranken- und PflegeVOLLversicherung gibt, in die alle einzahlen.



Arbeit und Wirtschaft

- Wer die Grundversorgung sichert, insbesondere in Pflege oder Einzelhandel, soll allgemeinverbindliche Tarifverträge bekommen.
- Kurzarbeit hat tausende Menschen im Niedriglohnsektor noch weiter in die Krise gestürzt – sechzig oder siebzig Prozent vom kargen Lohn reichen erst recht nicht. Wir fordern 90 Prozent Kurzarbeitergeld und einen Sofort-Aufschlag auf die Grundsicherung von 200 Euro.

- Sachsen sollte eine Landesgesellschaft gründen, um strauchelnde, aber innovative Unternehmen verstaatlichen zu können, bevor renditehungrige Investoren zum Zuge kommen.
- Die Coronakrise zeigt, wie wichtig regionale Wirtschaftskreisläufe sind. Wir wollen die Nahversorgung sichern sowie regionale Erzeugerinnen und Erzeuger stärken. Dorfläden fördern!
- Öffentliche Aufträge sollen nur noch an Betriebe gehen, die ordentliche Löhne zahlen und die Umwelt nicht schädigen.



Wohnen

- Wegen der Einkommensverluste haben viele Haushalte Schwierigkeiten, ihre Miete zu zahlen. Bis Ende Juni durfte niemandem deshalb die Wohnung gekündigt werden. Dieser Aufschub muss fortgelten und zinslos erfolgen. Wer heftige Einkommensausfälle zu verzeichnen hat, soll nur die halbe Miete zahlen müssen.
- Ein Fonds soll Mietausfälle kompensieren, sofern öffentliche Wohnungsunternehmen, Genossenschaften, Kleinvermieterinnen und -vermieter oder gemeinnützige Wohnungsanbieter betroffen sind.
- Mieterhöhungen und die Sperrung von Strom-, Gas-, Trinkwasser-, Telefon- und Internetanschlüssen wollen wir für die Zeit der Pandemie verbieten.

Kultur und Tourismus

- Die Bundesregierung hat großen Airlines und Tourismuskonzernen großzügig geholfen. Nun müssen auch bei kleinen und mittelgroßen Unternehmen schnell Hilfen ankommen.
- Künstlerinnen und Künstler, Kulturschaffende, Inhaberinnen und Inhaber von Reisebüros, Gastronominnen und Gastronomen, Schaustellerinnen und Schausteller und viele weitere Selbstständige haben in der Krise Probleme beim Lebensunterhalt. Für sie fordern wir ein befristetes Grundeinkommen von 1.180 Euro monatlich.
- Familien sollten einen 500-Euro-Reisegutschein für Kinder- und Jugendreisen oder Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen im Inland erhalten.

Bildung

- Jede Schülerin, jeder Schüler und alle Lehrkräfte sollen ein digitales Endgerät nutzen können. Dafür braucht es leistungsfähige Breitbandanschlüsse und mehr Infrastruktur, Software, Plattformen und Personal.
- Die Corona-Maßnahmen haben tausende Studierende in Existenznot gestürzt. Für sie gibt es nur viel zu geringe Nothilfen und teure Kredite. Wir wollen einen Sozialfonds mit rückzahlungsfreien Zuschüssen.
- Wir fordern kostenlose freiwillige Testmöglichkeiten für das Personal von Schulen, Hochschulen und Kitas.

Inneres und Sicherheit

- Auch in Krisensituationen gelten Verfassungsprinzipien. Die Regierung muss kontrolliert werden. Es ist problematisch, dass der Landtag nie in die Erstellung der Corona-Schutzverordnungen einbezogen worden ist. Seine Fachausschüsse müssen vorher beteiligt werden!
- Grundrechtseinschränkungen dürfen nicht genutzt werden, um Datenerfassungs- und Überwachungsmaßnahmen zu etablieren. Die Einschränkungen demokratischer Mechanismen müssen restlos zurückgedreht werden, sobald das Infektionsgeschehen dies zulässt.

DIE LINKE.

Fraktion im Sächsischen Landtag

Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Telefon: 0351 493-5800, Telefax: 0351 493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
V.i.S.d.P.: Kevin Reißig

Stand: Juli 2020

Fotos: sanjeri/iStockphoto.com; Gargonia/iStockphoto.com;
Tempura/iStockphoto.com; U. J. Alexander/iStockphoto.com

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion-sachsen.de**